Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3.10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 22 | Halver, Freitag, den 26. Januar | 1951

Streikgefahr gilt als beseitigt

Einigung in der Mitbestimmungsfrage

Vierköpfige Kommission arbeitet Gesetzentwurf aus — Endgültige Stellungnahme des DGB am Montag

dl. Bonn, 25. Januar

Nach vierstündigen, außerordentlich schwierigen Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern ist es am Donnerstagabend endlich gelungen, in der Frage des Mitbestimmungsrechtes in der Kohlen- und Eisenindustrie eine vorläufige Einigung zu erzielen.

Es wurde, nachdem über die allgemeinen Linien Klarheit erzielt worden war, vereinbart, daß die Bundesregierung unverzüglich ein Rahmengesetz über das Mitbestimmungsrecht dem Parlament vorlegen solle. Das Gesetz hat auf die bei den bereits entflochtenen Betrieben schon vorliegende Mitbestimmungsregelung Rücksicht zu nehmen und darüber hinaus eine einheitliche Regelung für die gesamte Kohlen- und Eisenindustrie zu treffen.

Im einzelnen wurde vereinbart, daß der Sozialdirektor als vollberechtigtes Vorstandsmitglied mit Zweitdrittelmehrheit gewählt wird. Die Zusammensetzung der Aufsichtsräte sieht je vier Mitglieder der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Die Gewerkschaften stellen von den vier Arbeitnehmer-Vertretern zwei Mitglieder. Außerdem wählen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je einen Vertreter der Oeffentlichen Hand. Der elfte Vertreter im Aufsichtsrat wird durch einen Senat gewählt, dem je drei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören, die nicht Mitglieder des Aufsichtsrates sein dürfen. Damit ist das schon ursprünglich vorgesehene Vertretungsverhältnis von fünf zu fünf zu eins gewahrt.

Von Regierungsseite wurde hervorgehoben, daß diese Einigung nur erzielt werden konnte, weil auf beiden Seiten die Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen vorhanden war. Der umsichtigen Verhandlungsführung durch Bundeskanzler Dr. Adenauer und den Vorsitzenden des DGB, Dr. Böckler, ist es weitgehend zu danken, daß die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens noch im letzten Augenblick sichergestellt werden konnte. Der Kanzler hatte unmittelbar vor Beginn der letzten, entscheidenden Verhandlungen eine längere Aussprache mit Ministerpräsident Arnold.

Mit der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes ist eine vierköpfige Kommission beauftragt, der je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Vertreter des Bundesarbeitsministeriums angehören. Die Kommission nimmt am Freitag ihre Arbeiten auf.

Anschließend an die Verhandlungen berief der Bundeskanzler das Kabinett zu einer Sondersitzung, um diesem über das Verhandlungsergebnis zu berichten. Das Kabinett billigte die durch den Kanzler eingenommene Haltung einstimmig und beglückwünschte ihn zu dem errungenen Erfolg. Bereits nach einer halben Stunde konnten die Kabinettsmitglieder wieder den Verhandlungen im Bundestag beiwohnen.

Der Bundesvorstand des DGB wird am Montag zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen und auch die Streikfrage entscheiden. Nachdem jedoch die Vertreter des DGB am Donnerstagabend in Bonn ihre Bereitwilligkeit erklärten, die Einigungsformel als ausreichend anzuerkennen, kann die Streikgefahr als beendet angesehen werden.

Ergänzend berichten wir noch, daß die Verhandlungen zeitweise erheblich durch die

ablehnende Stellungnahme der FDP

erschwert worden waren, die bis zuletzt auf dem Standpunkt verharrte, daß den gegenwärtigen Verhandlungen „keine bindende Kraft für Regierung und Parlament zukomme, solange die Gewaltandrohung durch Streik fortbesteht". Eine Erleichterung der Situation wurde erst vermerkt, nachdem der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, Euler, durch Bundespräsident Prof. Heuß auf die außerordentlich schwerwiegenden Folgen einer unnachgiebigen Haltung hingewiesen worden war. Der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler Blücher, der schon vorher eine entgegenkommendere Haltung vorgeschlagen hatte, erhielt daraufhin die Möglichkeit, seine Fraktion zu einer stillschweigenden Duldung der unter unendlichen Mühen ausgearbeiteten Einigungsformel zu veranlassen. Nach dieser leichten Schwenkung der FDP wird allgemein damit gerechnet, daß diese Fraktion bei der kommenden Beratung des Mitbestimmungsgesetzes im Plenum nicht mehr die gleichen Einwendungen wie vorher machen wird.

Eine bittere Pille

Von
Dr. Volkmar Muthesius

Vier Milliarden neue Steuern will die Bundesregierung pro Jahr aus dem Wirtschaftsleben herauspressen; das bedeutet, wenn man den Betrag am bisherigen jährlichen Steueraufkommen des Bundes und der Länder mißt, ein Mehr von etwa 20 Prozent.

Bedeutet es auch, daß der einzelne auf seiner Lohntüte und seinem Gehaltszettel künftig den Steuerbetrag um ein Fünftel erhöht sehen, daß er also 20 Prozent mehr Steuern als bisher zu zahlen haben wird? Stellt man die Frage so, so kann man sie — Gott sein Dank — verneinen. Man braucht nicht zu fürchten, daß der kleine Mann eine solche direkte Mehrbelastung auferlegt bekommt. Aber dabei muß man den Ton auf das Wort „direkt" legen. Nur was die direkte Last anlangt, werden wir glimpflich davonkommen, indirekt aber werden wir alle spüren, daß aus dem Volkseinkommen als Ganzem nun noch einmal mehr herausgepreßt werden soll, um die staatlichen Ausgaben zu finanzieren, erhöhte Besatzungslasten, die Ausgaben der Sicherheit, die Kosten, die die Erhaltung des Friedens bringt.

Der Lohnsteuertarif wird zwar unverändert bleiben, aber wenn, wie es geplant ist, die Umsatzsteuer erhöht wird, und zwar von 3 auf 4 Prozent, so wird das bedeuten, daß jeder Warenkauf sich verteuert, zwar, für sich betrachtet, nur um eine Kleinigkeit, aber viele Wenig geben ein Viel, und wenn auf diese Weise allein ein bis anderthalb Milliarden Mehreinnahmen des Staates herausgeholt werden sollen, so zeigt dies schon das Gewicht einer solchen Maßnahme.

Praktisch gesehen werden sich, wenn diese „Reform" der Umsatzsteuer durchgeführt wird, alle Preise um 1 Prozent erhöhen, womit nicht gesagt ist, daß nun wirklich jede Streichholzschachtel oder jedes Stück Brot um ein Prozent teurer werden wird; in der Kalkulation und in den Kleinhandelspreisen für minder wertvolle Waren ist dies ja häufig gar nicht möglich; aber wenn man die Warenumsätze aufs ganze betrachtet, so werden eben doch die Umsatzwerte insgesamt um diese ein bis anderthalb Milliarden steigen — zu Lasten des Verbrauchers.

Die meisten Konsumenten werden freilich froh sein, wenn ihnen die bittere Pille in dieser etwas versüßten Form gereicht wird; sie werden es immer noch lieber sehen, als wenn auf Lohntüte und Gehaltszettel größere Abstriche als bisher vorgenommen werden würden. Für alle Menschen aber, die ein Einkommen aus selbständiger geschäftlicher oder sonstiger Tätigkeit im Wege der Veranlagung zur Versteuerung bringen, sehen die Dinge anders aus. Auch bei ihnen wird der Einkommensteuertarif an sich nicht geändert, aber diese Menschen werden mit dem Wegfall gewisser, bisher gewährter steuerlicher Vergünstigungen zu rechnen haben, was praktisch auf eine Erhöhung der Einkommensteuerlast hinauslaufen wird, einerlei, in welcher Form sie sich auch vollziehen wird. So soll die sogenannte „Selbstfinanzierung" erschwert und verringert werden, das heißt die Einbehaltung von Geschäftsgewinnen zum Zwecke von Anschaffungen, Bauten usw. Politisch mag es sehr populär klingen, wenn Geschäftsgewinne auf diese Weise geschmälert werden, aber wie sich solche Maßnahmen etwa auf die Bautätigkeit auswirken werden, das steht auf einem anderen Blatt.

Im übrigen wird es über die Steuerreform in den nächsten Wochen sicher noch heftige Kämpfe geben. Mit Recht hat der „Bund der Steuerzahler" verlangt, daß zunächst einmal größere Klarheit darüber geschaffen werden muß, ob die staatlichen Verwaltungsausgaben wirklich schon so genau durchgekämmt sind, daß der Steuerzahler überzeugt sein darf, es werde sparsam gewirtschaftet. Mit Ausnahme derer, die ihr Gehalt vom Staat beziehen, wird es kaum jemand geben, der bereits dieser Ueberzeugung ist.

Kardinal für Verteidigung des Friedens

Hirtenbrief des Kardinal Frings — Kirche für sozialen Fortschritt

dmt. Köln, 25. Januar

In einem Fastenhirtenbrief erklärt der Kölner Kardinal Frings: „Es muß alles geschehen, um einen Weltkrieg zu vermeiden. Aber wer den Frieden will, muß auch zu seiner Verteidigung bereit sein. Friede unter kommunistischer Zwangsherschaft ist kein Friede."

Solange das Idealste, die Abrüstung der gesamten Welt und die Umschmiedung der Schwerter zu Sicheln nicht erhofft werden könne, so fährt der Kardinal fort, müßten die friedliebenden Völker zu allen Opfern bereit sein, um ihre Freiheit und Menschenwürde zu verteidigen. Oft genug sei von den Päpsten erklärt worden, daß der Kommunismus weder mit christlichem Denken noch mit den primitivsten Menschenwürden vereinbar sei.

Der Kardinal betont, daß die katholische Kirche auf der Seite des sozialen Fortschritts stehe und eine berufsständische Ordnung anstrebe, in der beide Sozialpartner gleichberechtigt ihre Interessen verfolgen könnten. „Die deutschen Bischöfe begrüßen es, daß in manchen Betrieben die Arbeitnehmer jetzt schon eine weitgehende Mitbestimmung in personellen und sozialen Fragen ausüben."

Benegal Rau: Mit China verhandeln!

London: Verurteilung Pekings — aber keine Sanktionen

dpa. New York, 26. Januar

In der Sitzung des Politischen Ausschusses der UNO-Vollversammlung am Donnerstagabend forderte der indische Chefdelegierte, Sir Benegal Rau, man solle sich mit Vertretern der Volksrepublik China an einen Tisch setzen, um eine Lösung des Koreakonflikts zu ermöglichen. Es sei zu schwierig, mit Peking über Tausende von Meilen hinweg Verhandlungen zu führen. Der beste Weg, mit dem Korea-Problem fertig zu werden, sei eine vorbereitende Round-Table-Konferenz.

Zu der am Vortage eingebrachten Resolution der arabisch-asiatischen Zwölfergruppe sagte Rau, sie solle vor allem eine solche Konferenz in Gang bringen. Man müsse zunächst über diese Resolution abstimmen, denn sie ermögliche im Gegensatz zu der amerikanischen weitere Verhandlungen.

Der britische Delegierte, Sir Gladwyn Jebb, erklärte, seine Regierung stimme im allgemeinen mit den USA darin überein, daß man China als Aggressor verurteilen müsse. Sie habe aber schwerste Bedenken gegen Sanktionen, bevor man nicht die Absichten der chinesischen Regierung weiter erkundet habe.

Eisenhower auf Island

dmt. Reykjavik (Island), 25. Januar

General Eisenhower ist am Donnerstag in Reykjavik zwischengelandet, um mit Vertretern der isländischen Regierung Verteidigungsfragen zu besprechen. Auf einer Pressekonferenz fand er anerkennende Worte für die „große Entschlossenheit der europäischen Bevölkerung, ihre Freiheit zu verteidigen". Von dem Stand der europäischen Rüstungsproduktion soll General Eisenhower allerdings, wie aus Kreisen der Atlantikpakt-Organisation verlautet, nicht besonders angetan sein Vor allen Dingen soll er den Mangel an Standadisierung kritisiert haben.



Außenminister Bevin erkrankt

Der britische Außenminister Ernest Bevin, dessen Gesundheitszustand schon seit langem zu wünschen übrig läßt, ist am 24. Januar an einer Lungenentzündung erkrankt. Sein Zustand wird als ernst bezeichnet. (UP-Acme)

Die bösen Arbeitsgerichte

Es häufen sich die Fälle, daß Arbeitsgerichte im Bundesgebiet die Entlassungen von Kommunisten aus öffentlichen Diensten annullieren. Bekanntlich hatte die Bundesregierung am 15. September 1950 eine Verordnung erlassen, wonach sie aus Gründen der Staatssicherheit die Entfernung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter verfügte, die der kommunistischen Partei oder einer Organisation angehörten, die als staatsfeindlich angesehen werden.

Das schien einfach, die unliebsamen Elemente wurden tatsächlich an die Luft gesetzt. Aber in Fällen, in denen sie sich an das Arbeitsgericht wandten, stellte dieses fest, daß die Entlassung unwirksam sei.

Das ist eine peinliche Sache, sodaß sich das Bundeskabinett erneut mit der Sache befaßte. Nun plant man den Erlaß eines Rahmengesetzes, das auch den Ländern die Möglichkeit geben soll, entsprechende Bestimmungen zu schaffen. Aber einen Tag später machte das Arbeitsgericht in Freiburg wieder die Entlassung eines Abteilungsleiters rückgängig, der Vorsitzender der VVN in Südbaden und Mitglied der KPD ist. Begründung: die Maßnahmen der Bonner Regierung seien verfassungswidrig, der Kläger habe nach dem Grundgesetz das Recht der freien Meinungsäußerung.

So unverständlich scheinen die Entscheidungen der Arbeitsgerichte gar nicht, wenn man bedenkt, daß die kommunistische Fraktion im Bundestag weiterhin treuherzig am Aufbau der Deutschen Bundesrepublik mitarbeitet, daß sie in zahlreichen Ausschüssen vertreten ist, wobei es keine Rolle spielt, ob diese Arbeit von der Regierung als fruchtbar angesehen wird oder nicht. Schließlich ist die KPD immer noch eine zugelassene Partei, die der Mitwirkung bei der demokratischen Evolution würdig erachtet wird. Allerdings nur in der Volksvertretung, in den Behörden und selbst bei der Müllabfuhr will man sie ihrer Gefährlichkeit wegen nicht länger haben.

Das zeugt von Inkonsequenz und verlangt nach Klärung. Man hat seinerzeit erwogen, die kommunistische Partei für das Bundesgebiet zu verbieten. Das konnte man tun, aber man hat es gelassen, um keine politischen Märtyrer zu schaffen. Die Verordnung vom September konnte deshalb nur eine Maßnahme der Halbheit sein, für die jetzt die Nackenschläge eingesteckt werden müssen.

Nun ruft man nach einer Aenderung des Grundgesetzes, das in solchen Fällen bekanntlich immer herhalten muß. Eigentlich sollten in Bonn Juristen sitzen, die sich eine solche Pleite hätten im voraus ausrechnen können . . . Gü.

Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU fordern, daß der Visumzwang für Jugendliche aufgehoben und ein Europapaß geschaffen werden soll. Die Bundesregierung wird ersucht, mit Zustimmung der alliierten Hohen Kommission durch Verhandlungen mit den Regierungen der westeuropäischen Staaten diese Forderung für alle Personen unter 30 Jahren zu verwirklichen. In gleichem Umfang soll auch der Visumzwang für die Einreise in die Bundesrepublik aufgehoben werden.

Die Seite der Heimat

Halver, den 26. Januar 1951

Schwarzer Mann, was nun?

Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann? Ja, die Zeiten haben sich wieder einmal geändert, und wir möchten dem schwarzen Mann, dem wir sonst etwas scheu aus dem Wege gingen, beherzt die Hand drücken, wenn er nur käme. Wir könnten dann nämlich dem kalten, schwarzen, eisernen Gesellen, der trotz des Winters höchst mißmutig in der Ecke unseres Zimmers steht, ein schönes warmes, rotes Röcklein anziehen. Und das täte unseren klammen Fingern so gut. Nur wer die Sehnsucht kennt, weiß was ich leide.

Wer pfeift da den alten Schlager: „Mutter, der Mann mit dem Koks ist da!"? Wenn er nur käme, klagen Urahne, Großmutter, Mutter und Kind, die in kalter Stube zusammen sind. Sogar der Vater, der sonst grundsätzlich gegen jede Ausgabe zu sein pflegt, greift hoffnungsvoll in die hintere Hosentasche.

Leider müssen wir feststellen, daß die Kohlen so knapp geworden sind wie das liebe Geld. Ich hab' kein Geld, du hast kein Geld, wer hat denn den Mann mit dem Koks bestellt?

Ehrlich gesagt: wir alle. Wenn er nur kommen wollte! -m

Halver

Kein Anpfiff . . .

Das gute Wetter der letzten Tage ist für die hier so zahlreichen Straßenfußballmannschaften noch kein Zeichen zum Saisonbeginn. Wir erinnern daher „Mannschaften" und „Schiedsrichter" daran, daß unsere Straßen ursprünglich nicht als Fußballplätze gedacht waren und daher auch denkbar ungeeignet sind. Dies gilt vor allem für die Hermann-Köhler-Straße in der Nähe der katholischen Kirche. Doch scheint sich auch der Kirchplatz größter Beliebtheit bei der Austragung von Lokalderbys zu erfreuen. Die jungen Akteure mögen sich besser geeignete Plätze aussuchen!

Die schwarze Kolonne wühlt wieder

Keine politische Untergrundbewegung, die Schwarzkittel sind es, die den Untergrund der Halverschen Aecker in den letzten Tagen mit viel Erfolg bewegen. Von einigen Stellen wurden schon wieder Klagen laut, daß die Wintersaat zum Teil empfindliche Schäden erlitten hat.

Dummejungenstreiche

In einer der letzten Nächte gingen einige sicherlich in „starkem" Zustand befindliche Personen am Bächterhof einem Gartenzaun zu Leibe und legten ihn um. Hoffentlich gelingt es, diesen Elementen das Handwerk zu legen, damit sie erfahren, daß es keine Heldentat ist, sich an fremdem Eigentum mutwillig zu vergreifen.

Die Bauern werden emsig

Die trockene vorfrühlingsmäßige Witterung der letzten Tage hat die Bauern im Bezirk Halver aus ihrem engeren Wirkungskreis, Stall und Tenne, wieder hinausgezogen auf die Felder, zu den Vorarbeiten für die Frühjahrsbestellung. Der Stalldünger, über Winter auf dem Dunghaufen gelagert, wird auf die Aecker gefahren und ausgebreitet. Künstlicher Dünger wird vom Lager der Genossenschaft geholt und als Zugabe fürs gute Wachsen der Früchte ausgestreut. Hoffen wir, daß der Mühe Schweiß auch in diesem Jahre sich lohnen wird.

Schalksmühle

Baustellen sind keine Kinderspielplätze

Immer wieder muß man beobachten, daß die halbfertigen Neubauten beliebte Kinderspielplätze sind. Zunächst einmal sei auf die Gefahren hingewiesen, die hiermit verbunden sind. Außerdem muß man nach diesen unerlaubten Baustellenbesichtigungen häufig feststellen, daß Handwerkszeug verschwunden ist, Bohlen zerbrochen oder bereits gelegte Rohre abgerissen oder beschädigt sind, wenn sie nicht sogar den Weg zum Schrotthändler gefunden haben. Es sei von dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß das Betreten der Baustellen Unbefugten grundsätzlich verboten ist. Besonders die Eltern werden noch einmal gebeten, ihre Kinder in dieser Hinsicht zu belehren.

6 Jahrzehnte Sauerländischer Gebirgsverein

Gestern hatte der SGV Geburtstag - Rückblick auf Arbeit und Erfolg zweier Generationen

Aus Anlaß des 60. Geburtstages des „Sauerländischen Gebirgsvereins" trafen sich die Vertreter der Abteilungen aus der näheren Umgebung gestern in Hagen im „Ratskeller" mit Journalisten aus dem weiten Gebiet des SGV, der über das Sauerland hinausgewachsen ist und seine Tätigkeit bis weit in das Industriegebiet erstreckt. Den Pressevertretern gab man einen Ueberblick über Geschichte, Wirken und Aufgaben des SGV.

Stadtrat Dr. Guttmann, Hagen, begrüßte als der Hauptvorsitzende des Sauerländischen Gebirgsvereins seine Gäste und betonte, daß das Zusammenwirken des SGV mit allen Behörden und der Presse stets gut gewesen sei und schon viele schöne Erfolge gezeitigt habe.

Hauptvolkstumswart Hartmann hielt einen kurzgefaßten Vortrag über den „treuen Wanderführer in guten und schweren Zeiten". Vor 60 Jahren, also am 25. Januar 1891, gründete Forstrat Ehmsen in Hagen den Sauerländischen Gebirgsverein, obgleich die eigentliche Geburtsstunde schon eine geraume Zeit vorher in Arnsberg geschlagen hatte. Dort und von dort aus hatte Ehmsen die ersten Abteilungen ins Leben gerufen.

Unter den Nachfolgern Ehmsens wurde der SGV während der nächsten sechs Jahrzehnte zu einer großen heimatverbundenen Gemeinschaft. An die 45 000 Männer und Frauen tragen die Eichenblätter, das Abzeichen des SGV, und stehen in 340 Abteilungen und 22 Bezirken in vielfältiger Weise im Dienst an der Heimat. Interessant ist ein Blick auf die Mitgliederzahlen einiger Stichjahre: 1891 hatte der SGV 44 Abteilungen mit rund 2100 Mitgliedern, 1914 190 Abteilungen mit 20 000 Mitgliedern, und 1930 zählte er schon 25 000 Mitglieder in 217 Abteilungen.

Die Heimat zu erwandern, den Blick für die landschaftlichen Schönheiten und die kulturgeschichtlichen Besonderheiten des Sauerlandes und der ihm benachbarten Wandergebiete zu öffnen, ist nach wie vor Hauptaufgabe des SGV. Diese Bezirke werden erschlossen durch 36 Hauptwanderstrecken die heute über 3500 Kilometer gezeichneter Hauptwanderwege und fast 12 000 Bezirkswanderwege umfassen. Die Wanderwege müssen ständig betreut werden — eine Aufgabe, in die sich die Abteilungen der Städte und Kreise, voll eines schönen Idealismus, der aus der Liebe zur Heimat geboren ist, teilen.

Hier, im Sauerländischen Gebirgsverein, sind auch die Wurzeln des Jugendherbergswerks zu finden, das sich nun nicht nur über ganz Deutschland, sondern auch über andere Länder, fast ganz Europa, ausgebreitet hat. Die Arbeit des SGV auf dem Gebiete des Volkstums ist ebenso beachtlich, wie die Vielfalt des Bemühens, das heimatliche Landschaftsbild vor Beeinträchtigungen zu bewahren, und dem Walde und den Naturdenkmälern zu jedem erdenklichen Schutz zu verhelfen. Dichtung und Liedgut der Heimat fanden im Schrifttum des SGV und des Sauerland-Verlages seit langem mit der gleichen Sorgfalt ihre Pflege wie die Fülle des Kartenmaterials, das zusammen mit dem Wanderführer „Der Kneebusch" das Land der tausend Berge bis in den letzten Talwinkel erschließt. Alle Wanderwege durch das Sauerland führen irgendwie schließlich zum Kohlberg bei Dahle (Kreis Altena), in das große und schöne Wanderheim, das seine Gäste zu jeder Jahreszeit sorgfältig und gastfreundlich betreut. „Dem SGV wünsche ich mit einem frohen ‚Frisch auf!' einen guten Wanderweg in das siebte Jahrzehnt!" schloß Wanderfreund Hartmann sein Referat.

Der Oberstadtdirektor der Stadt Hagen, Sasse, weilte einige Minuten im Kreise der SGVer und der Gäste und betonte, daß sowohl der Stadtverwaltung und -vertretung Hagens wie auch ihm persönlich, die Arbeit des SGV sehr am Herzen liege und auch weiterhin jede mögliche Unterstützung ideeller und materieller Art erfahren werde.

Zu einer umfassenden Rückerinnerung auf die verflossenen 60 Jahre zielklarer und erfolgreicher Arbeit wird der Sauerländische Gebirgsverein auf seinem am 2. und 3. Juni in Arnsberg zu erwartenden Gebirgsfest Gelegenheit finden. Darüber hinaus wird er am 4. und 5. August auf dem Deutschen Wandertag in Iserlohn seine Mitglieder mit den aus dem ganzen Bundesgebiet erwarteten Wanderfreunden zusammenführen. Mit diesen beiden Großveranstaltungen in Arnsberg und Iserlohn, mit Arbeitstagungen und Wochenendfreizeiten, die vor allem der Förderung der immer mehr an Bedeutung gewinnenden Jugendarbeit gelten, geht es nun in das siebte Jahrzehnt einer erfolgreichen Arbeit für Erhaltung und Schönheit unserer Heimat. Denn die ist der Kraftquell, aus dem sich das geistige Leben des Menschen aus Stadt und Land gleichermaßen speist. —dk—

Eine Stadt gibt ein Beispiel:

Am Wohnungsamt Neuß keine Schlangen mehr!

Nicht mehr Erfassung und Zwangseinweisung — sondern Neu- und Ausbau von Wohnungen

In Neuß wird das Schwergewicht der Bemühungen um Unterbringung der Wohnungssuchenden auf den Wohnungsneubau und den weiteren Ausbau beschädigten oder bisher nicht genutzten Wohnraumes gelegt, statt weiterhin die Erfassung und die Zwangseinweisung als die ultima ratio der Wohnungspolitik anzusehen. und den noch vorhandenen Altwohnraum zum Nachteil der untergebrachten Bevölkerung noch mehr einzuengen. Den Wohnungssuchenden wurde, soweit sie in den Listen des Wohnungsamtes geführt werden, und soweit sie durch eigene Initiative eine ihnen zusagende Wohnung ausfindig machen, auf die sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschrift Anspruch haben, die Möglichkeit eingeräumt, mit dem Vermieter einen entsprechenden Vertrag abzuschließen, der dann nach Prüfung des Wohnungsamtes genehmigt wird.

Seit dieser Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft gibt es am Wohnungsamt Neuß keine Schlangen mehr, und das Personal konnte um 75 Prozent verringert werden.

Am 1. April wird nun das Wohnungsamt Neuß aufhören, als selbständiges Amt zu existieren.

Es wird nochmals verkleinert und dem Bauamt angeschlossen. Bemerkenswert ist dabei, daß die Stadt Neuß seinerzeit auch als erste Gemeinde das Ernährungsamt einstellte!

Die Neußer Methode hat, wie Beig. Arns in einem Gespräch betonte, die Baulust dort ungemein gehoben. All die widerwärtigen Streitigkeiten, die so manches Wohnungsamt unbeliebt gemacht haben, werden vermieden. Auf die Frage, wie dann aber ein armer Teufel an eine Wohnung komme, wurde erwidert, es müsse sehr scharf zwischen den sozial Schwächergestellten und den Asozialen unterschieden werden. Die Asozialen werden durch das Ordnungsamt erfaßt. Den sozial Schwächergestellten, den Ausgebombten und Flüchtlingen hilft das Wohnungsamt.

Beig. Arns ist nicht nur Dezernent des Neußer Wohnungsamtes, sondern auch des Bauamtes und gleichzeitig Vorstandsmitglied des Neußer Bauvereins, einer Aktiengesellschaft, an der die Stadt zu 96 Prozent beteiligt ist. Beig. Arns konnte indessen ein großes Projekt starten, das bis Ende Mai 128 Zweiraumwohnungen mit Gas-, Wasser- und Stromanschluß, Toilette und Keller für einen Mietsatz von 25 DM fertigstellen wird, womit man zunächst einmal den krassen Notfällen abhelfen will. Noch in diesem Jahre wird

ein zweiter erweiterter Plan dieser Art

in Angriff genommen. Aber auch bei der Vergabe von Altwohnungen betrafen im letzten Halbjahr 43 Prozent aller vom Wohnungsamt genehmigten Mietverträge Wohnungen unter 30 DM Miete, weitere 32 Prozent zwischen 30 und 50 DM.

Entsprechend dem Neußer Beispiel hat eine Fraktion des Rates der Stadt Eschweiler beantragt, das bisherige starre System der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt in vernünftigem Maße aufzulockern. Der Antrag denkt nicht etwa daran, die Wohnraumbewirtschaftung aufzuheben, will aber keine Möglichkiet außer acht lassen, die Zahl der Wohnungssuchenden zu verringern, indem man Mietern und Vermietern das Recht gibt,

ohne Vermittlung des Wohnungsamtes

zu einer Einigung zu kommen. Der Antrag bezweckt also, den Wohnungssuchenden die Möglichkeit zur Entfaltung der Eigeninitiative zu geben und sie dadurch weitgehend unabhängig von der auf dem Gebiet der Wohnraumbewirtschaftung bisher wenig beweglichen Verwaltungsbürokratie zu machen.

Bei der Post gings diesmal schnell

Sie wird der Anregung auf kostenfreie Ausstellung von Einlieferungsbescheinigungen entsprechen

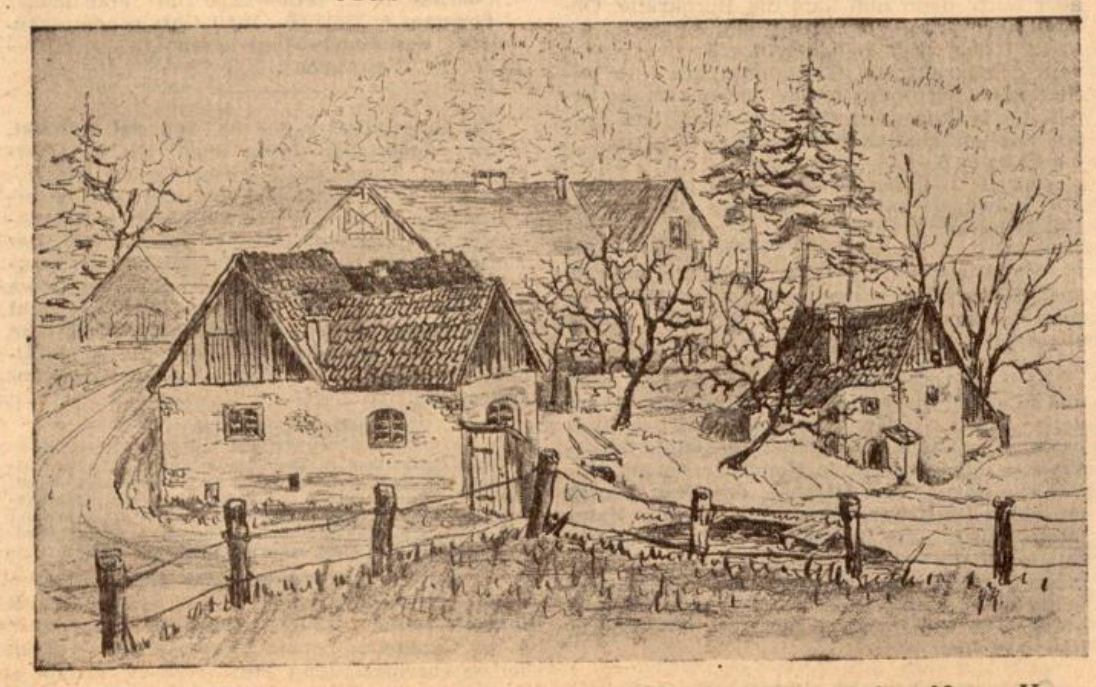
Der „Bund der Steuerzahler" hatte — wie wir am 17. Januar im „Allg. Anz." unter der Ueberschrift „Quittungserscheinung als Geschäft" berichteten — einen Antrag an das Bundespostministerium gerichtet, die Erhebung von Sondergebühren in Höhe von 0,15 DM abzuschaffen, die die Bundespost für die Ausstellung von Einlieferungsbescheinigungen für Päckchen, Pakete und Postgut verlangt. Es war darauf hingewiesen worden, daß die Gebühr in den meisten Fällen lediglich für eine Arbeit erhoben wird, die darin besteht, daß ein Stempel in das Postauflieferungsbuch des Absendes gedrückt wird. Weiterhin war gefordert worden, von der Erhebung einer Gebühr von 0,10 DM für das Ausstellen einer Quittung über die Kosten eines aufgegebenen Telegramms zu verzichten. Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen hat darauf wie folgt geantwortet:

„Nach den Bestimmungen der Postordnung ist für die Erteilung einer Einlieferungsbescheinigung für Paket- und Postgutsendungen sowie für Päckchen eine Gebühr zu entrichten. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin, die Ausfertigung solcher Bescheinigungen auf Einzelfälle zu beschränken, weil bei dem bisherigen Aufliefe-rungsverfahren die Ausstellung von Bescheinigungen in größerer Zahl bei der Schalteraufliefe-rung eine ganz erhebliche Verzögerung in der Abfertigung der Paket- und Päckchenauflieferer mit sich bringen würde. Die Postbenutzer, die ihre Päckereisendungen als „Selbstbucher" aufliefern — es ist dies die ganz überwiegende Mehrzahl der größeren Firmen — bedürfen einer besonderen Einlieferungsbescheinigung nicht, da die ordnungsmäßige Postübernahme ihrer Sendungen bereits in der von ihnen aufgestellten Selbstbucherliste gebührenfrei anerkannt wird.

Im übrigen ist beabsichtigt, im Zusammenhang mit Maßnahmen, mit denen wir uns z. Zt. beschäftigen, und die auf eine Aenderung des Auslieferungsverfahrens mit Einsatz entsprechender Zählklassen abzielen, auch den Einzelauflieferern am Schalter eine gebührenfreie Einlieferungsbescheinigung zu erteilen, ohne daß dadurch die Abfertigung der Schalterbesucher eine Verzögerung erleidet.

Mit der Einführung dieses Verfahrens, mit dem in absehbarer Zeit gerechnet werden kann, dürfte Ihrer Anregung entsprochen sein."

Aus der weiteren Heimat



Der Hof Dösseln, an der Höhenstraße Lüdenscheid—Werdohl, zwischen Neuen Haus und Forsthaus Zeichnung: Richter

Grünenbaum

Generalversammlung der Nachbarschaft Kreisch

Wie aus der gestrigen Anzeige bekannt ist, findet am Sonntag, dem 28. Januar, 16 Uhr, die Versammlung der Nachbarschaft Kreisch und Umgegend statt. Es ist erwünscht, daß sich die Mitglieder vollzählig einfinden, denn obwohl die Nachbarschaft jetzt 29 Jahre besteht, gibt es noch zahlreiche Mitglieder, die noch immer nicht mit den Bedingungen bekannt sind. Dies weist sich bei vielen Sterbefällen aus.

Dahlerbrück

Aus dem Tus Stöcken-Dahlerbrück

Der Tus Stöcken-Dahlerbrück ladet seine Mitglieder für Sonnabend, den 27. Januar in das Vereinslokal Rafflenbeul, Dahlerbrück, zur diesjährigen Jahreshauptversammlung ein. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Breckerfeld

Erste Sitzung der Amtsvertretung

Am kommenden Dienstag findet die erste Sitzung der Amtsvertretung im neuen Jahr im Lokal Kretschmer statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Bericht des Kämmerers über das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1950, sowie Nachtragshaushalt für 1950. Auch ein Darlehen für die Kleinsiedlung in Niederkattwinkel steht auf dem Programm.

Bauernvogelschießen

Das diesjährige Bauernvogelschießen wird, wie die Bauernschützen beschlossen haben, am 26. Mai 1951 in der Delle gefeiert werden.

Vom Jakobus-Kirchenchor

In der Jahreshauptversammlung des Jakobus-Kirchenchors wurde Ernst Schemmann zum 2. Vorsitzenden gewählt, der damit an die Stelle von Karl Fieseler tritt. Zur 2. Kassiererin wurde Frl. Milde gewählt.

Aus dem Fußballklub Schwarz-Weiß

In der Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand im wesentlichen unverändert wiedergewählt. Zum 2. Vorsitzenden wurde an Stelle von Dr. Saga Willi Hoffmann gewählt. Das Karnevalsvergnügen des Klubs findet am 3. Februar statt.

Tschechen namhaft machen . . .

Wie uns der BHE-Ortsverband Altena mitteilt, wurde die Bundesregierung ersucht, bei der Hohen Kommission unverzüglich die Einleitung von Strafverfahren gegen alle tschechischen Staatsangehörigen zu erwirken, die nachweislich Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Deutschen verübten.

Alle Landsleute werden aufgefordert, umgehend solche Tschechen namhaft zu machen, die derartige Verbrechen an Deutschen begangen haben und heute als Emigranten im Bundesgebiet leben. Einsendungen unter: Bundestagsabgeordneter Dr. Franz Ott, Bonn, Bundeshaus, Stichwort: Antrag 1526."

Lawinengefahr im Schwinden

dmt. Wien, 25. Januar

Die zahlreichen Lawinenunfälle haben den Fremdenverkehr in den bekannten Salzburger, Vorarlberger und Tiroler Bergen nicht beeinträchtigt. Die Bahnstrecke von Tirol nach Vorarlberg ist wieder frei, ebenso nimmt die Mittenwaldbahn ihren Betrieb wieder auf. Einer Rettungskolonne gelang es, eine seit 27 Stunden verschüttete Bäuerin lebend zu bergen. Da inzwischen in Oesterreich eine neue Frostperiode eingesetzt hat, schwindet die Lawinengefahr.

Unter den Opfern der Lawinenkatastrophe befinden sich drei deutsche Touristen. Sonstige Gäste aus dem Ausland werden nicht vermißt.

Landestrauer in Tirol

dmt. Wien, 26. Januar

In Tirol und Kärnten wurde wegen der Lawinenunglücke, denen in Oesterreich 142 Menschenleben zum Opfer fielen, Landestrauer angeordnet. In Tirol wurde ein allgemeines Tanzverbot erlassen. Durch die in den letzten Tagen eingetretene Wärme hat sich die Lawinengefahr wiederum verschärft. Die Stadt Bleiberg in Kärnten wird von zwei riesigen Lawinen bedroht. In Innsbruck herrscht noch akuter Wassermangel.

Dagegen hofft die Schweiz, daß eine langsam einsetzende Kältewelle die Lawinengefahr einschränkt. Insgesamt werden im Alpengebiet 251 Personen betrauert, die den herunterdonnernden Lawinen zum Opfer fielen. Die Zahl der Toten beträgt in Oesterreich 142, in Italien 34 und in der Schweiz 75.

Die Zahl der Grippeerkrankungen hat sich in der Schweiz während der letzten Wochen verfünffacht. Gegenwärtig sind 2211 Personen erkrankt. Bis jetzt verliefen nur wenige Fälle tödlich.

Eden besuchte seinen Sohn. Der ehemalige britische Außenminister Eden traf am Donnerstag auf dem britischen Truppenübungsplatz Sennelager bei Paderborn ein, um seinen Sohn zu besuchen, der dort bei einer britischen Einheit dient.

SPORT

Ein unverständliches Urteil

Boele-Kabel — 08 wird nicht wiederholt

Die Bezirks-Spruchkammer Sauerland I fällte am 6. Jan. in der Berufungssache Boele-Kabel gegen Sportfreunde 08 folgendes Urteil:

„Der Einspruch von Boele-Kabel wird abgelehnt, da eine Tatsachen-Entscheidung des Schiedsrichters vorliegt. Die Entscheidung ist unanfechtbar."

*

Die Spruchkammer hat sich merkwürdigerweise zwei Wochen Zeit gelassen, ehe den beiden Vereinen das Urteil zugestellt wurde. Uns will scheinen, als ob mit diesem Spruch den 08ern so etwas wie eine Konzession gemacht worden ist, da bekanntlich in ähnlicher Sache (Union Haspe!) der Einspruch der 08er abgelehnt wurde. Nun ist aber erst vor zwei Wochen ein Urteil der Westfalen-Spruchkammer aufgehoben worden, worin es ausdrücklich heißt, daß die Uhr des Schiedsrichters allein nicht maßgebend sei, von einer Tatsachenentscheidung könne keine Rede sein. Bekanntlich hatte der Schiedsrichter das Spiel Arminia Bielefeld — VfL Bochum 6½ Minuten zu spät abgepfiffen. Im obigen Falle waren es aber runde 15 (!!) Minuten. In diesem Falle kommt noch hinzu, daß beide Seiten bestätigt haben, daß zu früh abgepfiffen worden sei. Wie man da zu diesem Spruch kommen kann, scheint doch recht merkwürdig. Da taucht die berechtigte Frage auf: Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Angeblich ist die Entscheidung unanfechtbar, wir glauben aber nicht, daß Boele-Kabel sich damit zufrieden geben wird. Im übrigen wird es allerhöchste Zeit, daß der Begriff „Tatsachenentscheidung" gründlichst einer Korrektur unterzogen wird. bö.

Jetzt macht auch die Landesliga mit

Am 4. Februar greifen auch die Landesligisten in die Pokalkämpfe ein. Die Spiele werden jeweils bis zur endgültigen Entscheidung durchgeführt. Der RSV Höh ist wenig gut dabei weggekommen, muß er doch nach Hüsten 09, während Jahn Werdohl auf eigenem Platz den TSV Hüls empfängt. Von den weiteren Spielen interessieren folgende Begegnungen: Arminia Ickern — Menden 09, Resse 08 — Castrop 02, Iserlohn 46 — Hemer SV.

45 000 Mark Defizit in Garmisch-Partenkirchen

Die VII. Internationale Wintersportwoche in Garmisch-Partenkirchen endete nach vorläufigen Abschlüssen mit einem etwa auf 45 000 DM geschätzten Defizit. Das Komitee wird bei der Bundesregierung, dem bayrischen Staat und der Gemeinde vorstellig werden, dieses Defizit zu gleichen Teilen zu übernehmen. Die nächste Wintersportwoche ist vom 19. bis 27. Januar 1952 geplant.

Neue Pläne des deutschen Handballbundes

Nach dem Hallenball-Länderspiel in Neumünster gegen die Schweden, das am Sonntag 7:7 ausging, hat der deutsche Handball-Bund nunmehr folgende Termine für weitere internationale Aufgaben vereinbart: am 22. Februar Rückspiel in der Halle gegen Schweden in Göteborg, am 1. April ein Feldhandballspiel gegen das Saarland in Saarbrücken, am 8. April ein Länderspiel im Feldhandball gegen Frankreich in einer westdeutschen Stadt und im August ein Länderspiel im Feldhandball gegen Schweden in Schweden.

Olympischer Fackellauf durch die Sowjetunion?

Der olympische Fackellauf nach Helsinski, dem Schauplatz der nächsten olympischen Sommerspiele im Jahre 1952, soll von Griechenland über die Sowjetunion nach Finnland führen. Das finnische Organisationskomitee will in Moskau anfragen, ob die Sowjetunion zur Mitwirkung bereit ist. Bei einer Zusage der Sowjetunion würden zum ersten Male in der Geschichte der olympischen Spiele auch sowjetische Läufer die olympische Flamme durch das eigene Land tragen.

Brutscher vor Weiler

Bei schnellem Schnee gewann die schwedische Meisterin Sarah Thomasson in 1:38,8 Min. vor Rosl Amort (Schellenberg) mit 1:39,4 und Lia Leismüller-Partenkirchen (1:40,1) den Damen-Slalom im Rahmen der Winterspiele in Cortina d'Ampezzo. Oesterreichs Olympia-Siegerin Mahringer belegte den vierten Platz.

Beim Spezial-Sprunglauf belegte der deutsche Meister 1949, Toni Brutscher (Oberstdorf), mit 66,5 und 66 m (Note 203,5) den ersten Platz vor seinem Vereinskameraden Sepp Weiler (65,5 65/197,5 Rayala (Finnland) und Jugoslawiens Meister Janes Polda.

Sport-Splitter

„Aus einem Floh wird ein Elefant gemacht", erklärte Heinten Hoff zur Meldung über einen Kampf mit „Tiger" Jones. Er habe bei einer Amateurveranstaltung in Mölln den anwesenden Journalisten erzählt, daß ein solcher Kampf geplant sei, ob es aber dazu kommen wird, erscheine ihm nach den ergebnislosen Verhandlungen mit Göttert und Englert vor 14 Tagen als sehr fraglich.

*

Mit Bonah (früher Werder Bremen) und Miedecke (früher VfL Hagen) haben sich zwei Neuerwerbungen der Sportfreunde Gevelsberg schon wieder verändert. Die beiden Westfalen wollen in der kommenden Saison für den Krefelder SV 1910 starten, dessen 4 mal 400 m-Staffel mit Geister, Lickes, Bonah und Miedecke zu einer ernsthaften Gefahr für Rot-Weiß Koblenz werden kann.

*

Diplom-Sportlehrer Ulli Jonath, der von Professor Carl Diem für eine Trainerstelle vorgeschlagen war, geht nicht nach Kolumbien. Der ehemalige westdeutsche Fünfkampfmeister, dessen Vetter Arthur 1932 bei den Olympischen Spielen in Los Angeles „schnellster Weißer" war, wird weiter die Leichtathleten von Bremen 1860 betreuen.

*

Der frühere Nationalspieler Albert Sing wurde endgültig vom Berner SC Young Boys als Trainer verpflichtet.

So kurz wie möglich

Vor dem obersten jugoslawischen Militärgericht in Belgrad begann am Donnerstag ein Prozeß gegen 16 Jugoslawen, die angeklagt sind, den Sturz Marschall Titos und seine Ersetzung durch Exkönig Peter von Jugoslawien geplant zu haben.

Auf dem Gutshof Frohnau ist die Lage seit der Besetzung durch die Sowjets unverändert. Aus den jetzt zusammengestellten Unterlagen geht hervor, daß das Gut zur Stadt Berlin und damit zum französischen Sektor gehört. Die Sowjets haben auf die französische Protestnote noch nicht geantwortet.

Eine internationale Falschmünzerbande wurde in Luxemburg ausgehoben. Sie war hauptsächlich an den Grenzen zwischen Luxemburg, dem Saarland und der Bundesrepublik tätig und vertrieb durch ca. fünf größere Unternehmen falsche Einhundertmarkscheine und belgische Banknoten.

Die Maßstäbe, die bei der Einziehung von Wehrpflichtigen in den USA angelegt werden, werden revidiert, um etwa 150 000 Mann einzuziehen, die bisher für den Wehrdienst nicht geeignet befunden worden sind.

Der Staatssicherheitsdienst (SSD) in der Sowjetzone baut in alle Fernsprechvermittlungsstellen der Post- und Regierungsbehörden Magnetophonanlagen ein, um die Gespräche zu überprüfen.

Lufttransportflotte in der Sowjetzone? Die „Neue Zeitung" berichtet vom Aufbau einer Lufttransportflotte in der Sowjetzone, die vom Sowjetzonen-Innenminister Dr. Steinhoff (SED) betreut werde. Personalausbildung und Organisation unterständen der Hauptverwaltung der Volkspolizei-Abteilung Luft.

Interzonenhandel. Die Verhandlungen über ein neues Interzonenhandelsabkommen, das am 1. April das kürzlich verlängerte Frankfurter Abkommen ablösen soll, sind am Donnerstag in Berlin wieder aufgenommen worden.

Die 7,2 Millionen Mitglieder umfassende amerikanische Gewerkschaftsorganisation AFL hat die Regierung der USA darauf aufmerksam gemacht, daß die den deutschen Arbeitnehmern unter alliiertem Gesetz zugestandenen Rechte erhalten bleiben müßten, wenn Deutschland die volle gesetzliche Hoheit über seine Stahlindustrie übernimmt.

25 deutsche Seeleute — die gesamte Besatzung des Schiffes — musterten in Malmö von dem englischen Frachter „Loradore" ab. Als Grund geben die deutschen Seeleute schlechtes Essen und Ungeziefer an. Schwedische Sachverständige erklärten nach Besichtigung des Frachters, daß ein schwedisches Schiff in einem solchen Zustand keine Fahrterlaubnis erhalten würde.

Norwegen baut fünf Großtanker. Norwegen besitzt eine der größten Tankerflotten der Welt. Gegenwärtig werden in Oslo und Stavanger fünf Motor-Tanker von 16 000 BRT gebaut.

Unsere vier Töchter und drei Söhne konnten jetzt ihren kräftigen Bruder

ERNST EDUARD MANDT

in ihren Geschwisterkreis aufnehmen. Mit ihnen und unserer lieben Omi Elfriede Schulte sind über die gesunde Ankunft dankbar erfreut

Wilhelm Mandt u. Frau Thea geb. Schulte

Schule Heesfeld, am 24. Januar 1951.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Kirchengemeinde Halver. Sonntag, den 28. Januar 1951, Sexages., 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Dr. Große-Dresselhaus; 11 Uhr Kindergottesdienst.

Buschhausen: 10 Uhr Gottesdienst, Prediger Burghoff.

Oberbrügge: Sonntag, 28. Januar 1951, 9,30 Uhr Gottesdienst, Schule Oberbrügge, Pastor Thunig; 10,45 Uhr Kindergottesdienst. Montag, 17,30 Uhr Jungmädchenkreis Oberbrügge; 19,45 Uhr Jungmädchenkreis Ehringhausen bei Frl. Berghaus.

Evangelisches Vereinshaus Halver. Sonntag, den 28. Januar, 9,15 Uhr Gebetsstunde; 16,30 Uhr Bibelstunde, Prediger Becker. Alle Veranstaltungen in der Woche fallen wegen Renovierung des Saales aus.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag, 28. 1. 1951, 9,30 Uhr Erbauungsstunde; 11 Uhr Sonntagsschule; 20,15 Uhr Bibelstunde. Montag, 20,15 Uhr Gemischter Chor. Mittwoch, 15,30 Uhr Frauenstunde; 20,15 Uhr Gem. Jugendstunde. Donnerstag, 15 Uhr Unterricht; 20,15 Uhr Gebetsstunde. Freitag, 20,15 Uhr Männerchor. Samstag, 15,30 Uhr Jungscharen; 20,15 Uhr Bibelstunde Schmidtsiepen.

Katholische Christus-König-Gemeinde, Halver. Sonntag, 28. 1. 1951, Sexagesima, 7 Uhr Frühmesse; 9 Uhr Kindermesse; 10,15 Uhr Hochamt; 17 Uhr Andacht für unsere Ostvertriebenen mit sakr. Segen, anschließend Versammlung des Hedwigkreises im Pfarrsälchen. Montag, 29. 1., 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr Gemeinschaftsmesse der Frauen und Mütter. Dienstag, 30. 1., 8 Uhr Schulmesse. Mittwoch, 31. 1., 6 Uhr Pfarrjugendmesse; 7,15 Uhr hl. Messe. Donnerstag, 1. 2., 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr hl. Messe; 15 Uhr Beichtgelegenheit für die Schulkinder; 17 Uhr Beichtgelegenheit für Erwachsene. Freitag, 2. 2., Herz-Jesu-Freitag, Fest Mariä Lichtmeß, 8 Uhr Schulmesse mit sakr. Segen; 20 Uhr Abendmesse mit Lichterweihe und Predigt für die Frauen. Samstag, 3. 2., Fest des hl. Blasius, 7,15 Uhr hl. Messe; 8 Uhr hl. Messe. Nach den hl. Messen Austeilung des Blasiussegens.

Ehringhausen: Sonntag, 28. 1., Sexagesima, 8 Uhr Frühmesse; 10 Uhr Hochamt Dienstag und Freitag, 8 Uhr Schulmesse.

Evangelische Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag, den 28. 1. 1951, 9 Uhr Gottesdienst im Saal der Freien ev. Gemeinde, Past. Trenner; 10,30 Uhr Kindergottesdienst im Konfirmandensaal; 17 Uhr Bibl. Vortrag im Saal der Fr. ev. Gemeinde, Missionsprediger Bohl. Mittwoch, den 31. 1. 1951, 20,15 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal, Missionsprediger Bohl.

Dahlerbrück: Sonntag, den 28. 1. 1951, 9,30 Uhr Gottesdienst, Past. Gr.-Oetringhaus; 10,45 Uhr Kindergottesdienst. Donnerstag, den 1. 2. 1951, 20,15 Uhr Bibelstunde in der Waldkirche, Missionsprediger Bohl.

Freie evangelische Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, 28. 1., 10,15 Uhr Erbauungsstunde; 13,30 Uhr Sonntagsschule; 15,30 Uhr Bibelstunde. Montag, 29. 1., 20,30 Uhr Männerchor. Dienstag, 30. 1., 16,30 Uhr Frauenstunde; 20,15 Uhr Jugendstunde. Mittwoch, 31. 1., 20,30 Uhr Gemischter Chor. Donnerstag, 1. 2., 20,30 Uhr Gebetsstunde. Freitag, 2. 2., 17,30 Uhr Jungschar.

Waldkapelle Oeckinghausen: Sonntag, 28. 1., 9 Uhr Bibelstunde; 10 Uhr Jungschar; 10,45 Uhr Sonntagsschule.

Katholische Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag, 28. Jan., 9,30 Uhr Hochamt Schalksmühle; 7 Uhr Frühmesse Rummenohl; 11,30 Uhr Hochamt Rummenohl; 8,30 Uhr hl. Messe Dahl.

Evangelische Kirchengemeinde Kierspe. Kierspe-Dorf: 9 Uhr Kindergottesdienst; 10 Uhr Gottesdienst; 20 Uhr Bibelstunde. Montag, 20 Uhr CVJM. Dienstag, 20 Uhr Jungmädchenkreis. Mittwoch, 20 Uhr Helfervorbereitung. Donnerstag, 15 Uhr Frauenhilfe bei Schlöter, Grüne. Sonnabend, 15 Uhr Jungmädchenschar; 20,30 Uhr Kirchenchor.

Kierspe-Bhf.: 8 Uhr Gottesdienst; 10 Uhr Kindergottesdienst; 16 Uhr Bibelstunde in der Schule; 17,30 Uhr Feierstunde des Evang. Kirchenchores Kierspe-Bhf. im Saal der Freien evang. Gemeinde Kierspe-Bhf.; 20 Uhr Bundesdankstunde des CVJM in der Schule. Dienstag, 20,15 Uhr Kirchenchor; Mittwoch, 20 Uhr CVJM. Donnerstag, 20 Uhr Jungmädchenkreis.

Bollwerk: 10 Uhr Gottesdienst; 11,15 Uhr Kindergottesdienst.

Evangelische Kirchengemeinde Rönsahl. Sonntag, 28. Januar, 10 Uhr Gottesdienst; 11,15 Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch, 20,30 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus.

Aerztlicher Sonntagsdienst Schalksmühle
Sonntag, 28. Januar 1951
Dr. Feldermann

Aerztlicher Sonntagsdienst Halver
Sonntag, 28 Januar 1951
Dr. Kauert

Aerztlicher Sonntagsdienst Kierspe-Rönsahl
Sonntag, 28. Januar 1951
Dr. Schürfeld, Kierspe.
Telefon Meinerzhagen 427

Nachbarschaft Heesfeld (Sterbekasse)

Zu der am Sonntag, 28. Januar 1951 vorm. 9.30 Uhr im Lokale Kaiser, Oeckinghausen stattfindenden

Generalversammlung

ladet dringend ein

Der Vorstand



Bauplatz m. Gartenhaus
(Lingerweg) zu verkaufen Angebote unter Nr. 375 an Allgemeinen Anzeiger.



Der geschätzten Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich am **Sonnabend, den 27. Januar 1951** im Hause der

Frau Anna Heckmann, Frankfurter Straße 8

ein

Spezialgeschäft

in Konfitüren, Kaffee, Kakao, Tee und Backwaren

eröffne.

Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, den Ansprüchen meiner werten Kundschaft in jeder Beziehung zu genügen.

Um freundlichen Zuspruch bittet

Ernst Pulvermacher Neuemühle

Union - Lichtspiele

Sonnabend 20 Uhr
Sonntag 17 und 20 Uhr
Willi Forst's
„Mazurka"
mit Pola Negri und Albrecht Schönhals
Jugendfrei ab 14 Jahre.
Sonntag, 22,30 Uhr:
Spät-Vorstellung
Die Nacht hat tausend Augen
mit Edward Robinson, Gail Russel nnd John Lund
Neue Deutsche Wochenschau
Der Saal ist geheizt

Lichtspiele Karlshöhe

Nur 2 Tage!
Sonntag 17 und 20 Uhr
Montag 20 Uhr
Gesucht wird Majora
Ein Abenteuer- und Kriminalfilm nach dem Buch von Theo Rausch
mit Lotte Koch, Hermann Speelmanns, Camilla Horn, Paul Henkels, Harald Paulsen u. v. a.
Der heroische Kampf einer deutschen Chemikerin gegen das umspannende Spionage-System einer internationalen Verbrecherorganisation.
— Jugendfrei —
Wochenschau und Beiprogramm!

Gutes mittelschweres **Ackerpferd** zu kaufen gesucht
Angebote mit Farbe, Alter und Preis unter Nr. 376 an Allgemeinen Anzeiger.